

# Schweiz hat keine Lust auf Transparenz

**KORRUPTION** Seit Jahren versucht die Staatengruppe gegen Korruption des Europarates, die Schweiz zu mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung zu bringen – ergebnislos. Nun setzt die Gruppe ihre Hoffnung auf eine Volksinitiative.

RICHARD CLAVADETSCHER  
schweiz@luzernerzeitung.ch

Gibt es dazu eine Umfrage, sind immer alle dafür – oder wenigstens fast alle: Mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung in der Schweiz findet zuverlässig eine Mehrheit der Befragten gut. Im Februar dieses Jahres waren es gar rund drei Viertel. Doch gesetzgeberisch geschehen ist hier in den vergangenen Jahren wenig – so wenig, dass sich die «Groupe d'Etat contre la corruption» (Greco) des Europarates seit geraumer Zeit bemüssigt fühlt, die Schweiz zu kritisieren und ihr Druck aufzusetzen. So auch wieder in ihrem seeben veröffentlichten «Dritten Zwischenbericht über die Konformität der Schweiz».

Greco hat sich zur Aufgabe gemacht, die Korruption in den Mitgliedsstaaten des Europarates zu bekämpfen. Ihr gehören sämtliche Mitglieder des Rates an. Die Schweiz ist ihr 2006 beigetreten.



Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, das keine gesetzlichen Regeln für Parteien- und Wahlkampffinanzierung kennt. Im Bild: Plakate der Kandidaten für die eidgenössischen Wahlen 2015 in Birsfelden.

Keystone/Georgios Kefalios

## Lob und Tadel

Im Zwischenbericht erhält die Schweiz Lob dafür, dass sie – wie von der Greco vor einiger Zeit empfohlen – die Tatbestände der Vorteilsgewährung und der Vorteilsannahme im Strafgesetzbuch schärfer formuliert hat und Privatbestechung nicht mehr lediglich Antragsdelikt ist. Geht es jedoch um Transparenz in der Parteienfinanzierung, der der zweite Teil des Zwischenberichts gewidmet ist, hat das Loben ein Ende, und dies mit gutem Grund: Von den sechs Empfehlungen, die die Greco der Schweiz hier vor Zeiten mitgab, ist heute noch keine einzige umgesetzt. Im Klartext: Die Parteienfinanzierung ist keinen Deut transparenter geworden.

Tatsächlich ist die Schweiz inzwischen das einzige Land in Europa, das für die Parteienfinanzierung keine gesetzlichen Regeln kennt, und das wird noch längere Zeit so bleiben. Weil dies aber den Grundsätzen der Greco widerspricht, hat das Gremium nach drei erfolglosen sogenannten Evaluationsrunden schärferes Geschütz aufgefah-

ren und vor einiger Zeit ein «Nonkonformitätsverfahren» gegen die Schweiz eingeleitet. Dies bedeutet, dass die Schweiz seither alle 6 statt alle 18 Monate einen Statusbericht nach Strassburg senden musste. Und weil auch dies nichts brachte, bekamen Aussenminister Didier Burkhalter und Justizministerin Simonetta Sommaruga unter anderem zwischenzeitlich schon mal persönlichen Greco-Besuch, um das Versäumnis anzumehmen. Auch dies fruchtete nichts. Kein Wunder also, dass sich im eben veröffentlichten Greco-Dokument zwischen den Zeilen eine gewisse Frustration herauslesen lässt.

## Unterschiedliches Echo

Die Position des Bundesrates ist hier immer dieselbe: Im politischen System der Schweiz würde Transparenz die Spender und Sponsoren abschrecken, was dazu führen würde, dass es am Ende zu einer staatlichen Parteienfinanzierung käme, die niemand wolle. Über-

haupt sei das Thema hier von mässigem Interesse. Das zeige sich schon dadurch, dass verschiedene solche Vorstösse im Parlament jeweils gescheitert seien und eine Initiative «Für die Offenlegung der Politikereinkünfte» gar nicht erst zu Stande gekommen sei.

## Tessin und Genf kennen Regeln

Weiter weist der Bundesrat die Greco darauf hin, dass er ihre Empfehlungen an die Kantone weitergeleitet habe, wo sie auf ein unterschiedliches Echo sties. Neben den Kantonen Tessin und Genf, die bereits entsprechende Bestimmungen kennen würden, habe sich darauf gerade einmal das Neuenburger Kantonsparlament äusserst knapp für ein Parteienfinanzierungsgesetz ausgesprochen. Das Waadtländer Parlament hingegen habe die Idee wieder verworfen. Begründung: Bei fast 200 Abstimmungen und Wahlen auf allen drei Staatsebenen müsste der Kanton Hunderte von Kampagnenrechnungen prüfen.

Trotz dieser Erläuterungen hält die Greco weiter an ihren Empfehlungen fest. Sie ist der Ansicht, «dass die Eigenheiten der Schweizer Demokratie, deren Stärken anerkannt sind, die Schweiz nicht daran hindern, ein System der Transparenz der Parteienfinanzierung zu schaffen». – Und sie setzt in ihrem jüngsten Bericht auf das Prinzip Hoffnung: «Da zurzeit keine politischen Mehrheiten für eine Gesetzgebung auf diesem Gebiet gefunden werden können, hofft die Greco sehr, dass die lebhaft öffentliche Diskussion über dieses Thema zur Entwicklung der Lage und zum Ende der Schweizer Ausnahme im Bereich der Transparenz der Parteienfinanzierung beiträgt.»

## Hilft eine Initiative weiter?

Wenn wir gerade beim Prinzip Hoffnung sind: Nicht verborgen geblieben ist der Greco, dass ein Bündnis für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung im April eine Volksinitiative für Trans-

parenz lanciert hat, nachdem sie bei der SP jahrelang in der Pipeline war. Die Initiative will unter anderem, dass Parteien ihre Rechnung veröffentlichen und die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken ausweisen. Träger sind neben der SP, den Grünen und verschiedenen linken Gruppierungen auch die EVP und die BDP sowie die Jugendsession. Co-Präsidentin und SP-Nationalrätin Nadine Masshardt sieht das Begehren auf gutem Kurs und ist überzeugt, dass die Initiative in breiten Bevölkerungskreisen auf Sympathie stossen wird.

Sollte diese Initiative indes nicht die Gnade der Schweizer Stimmbürger finden und sich auch sonst nichts tun in Richtung Transparenz, bliebe der Greco nur noch, was sie bisher noch nie getan hat: Sie könnte das laufende Verfahren abbrechen und die Schweiz öffentlich verurteilen. Das wäre dann zwar ein «Tolgen» im Reinheit der Musterdemokratie Schweiz – aber weitere Konsequenzen hätte es nicht.

## NACHRICHTEN

### Swiss-Pass bleibt umstritten

1000 bis 1500 Schweizer Pass ist nach einem Jahr gut unterwegs. Diese Passen tragen die 1000 grünen und blauen von der Bundespolizei mit dem legendären Schweizer Käse an. Die Kritik an der neuen Karte ist aber nicht verstummt. In Auftrag eines der Grossbanken des Vieh-Unternehmens (2015), dass die Kontrolle über den Pass. Die 1000 führen einen Überwachungsprozess, der viele Kunden ist in über ein halbes Jahr, sagt grüner Pass-Mitarbeiter, Kommunikation des 1000.

### SVP will die Billag halbieren

1000 bis 1500 Die SVP will auch die Beiträge im Mehrsprachig reduzieren. Sie hat dafür vor allem die 1000 in Zürich, die in Bern. Gegen sie wichtig geworden ist. Die Partei selbst sich auch gegen eine Begrenzung der Mehrsprachigkeit. Dieses Ziel will Premier überlassen werden, sagt SVP-Präsident und Nationalrat Albert Roth (SVP) bei der Präsentation eines Positionspapiers der Partei gestern in Bern.

# Wird Italienisch im Sprachenstreit vergessen?

**TESSIN** In der italienischsprachigen Schweiz verfolgt man die Diskussion um das Frühfranzösisch an Deutschschweizer Primarschulen mit Erstaunen. Denn über Italienisch wird nie gesprochen.

Einige Deutschschweizer Kantone wollen in der Primarstufe Englisch als einzige Fremdsprache unterrichten. Französisch soll in der Oberstufe verlehrt werden. Bundesrat Alain Borer ist dagegen. Seine Partei will eine Sprachbindung in die Höhe. Doch wie gut sprechen die Deutschsprachigen Deutsch? Auch die Frage wird mit Regelmässigkeit diskutiert. Und wie häufig hören Deutschschweizer denn in die Fremdsprache?

**Schweiz ist nicht nur zweisprachig**  
«Wie die lokale Diskussion verläuft, ist ein Druck aufbauen, um sich in einem mehrsprachigen Land – einzig mit Deutsch und Französisch beide Sprachen der Deutschschweizer und der Romandie», sagt der Tessiner Nationalrat Marco Berni (SP). Und das liegt ihm wichtig. Berni ist nicht nur Erziehung und Bildungsdirektor im Kanton Tessin, sondern auch Präsident des Forums für den Italienisch in der

Schweiz. Diese Forum wurde gegründet, um den Einfluss von Italienisch in der Eidgenossenschaft zu unterstützen. Dies wird Italienisch zu einer Fremdsprache zu erlernen. Berni hat es sich zur Aufgabe gemacht, die 10 Prozent der Schweizer sprechen Italienisch, unter der 1000 als Fremdsprache, die immer viele Menschen.

## Als Bundesrat kein Thema

Doch von der Italienisch ist es nicht getrennt. Die Sprache ist gross, in dem Tessin, das heute vor allem die Tessin, das einzige italienischsprachigen Kanton, wenn in dem italienisch-sprachigen Tessin. Berni hat die Idee, Italienisch die erste Fremdsprache in der Primarstufe zu unterrichten. Die Bundesrat ist nicht so begeistert. Er ist Bundesrat, er ist nicht so begeistert, sagt Marco Berni. Und die FDP Bundesratskandidat, während eines Symposiums in Bern, dass der Tessin Tessin zu lernen während der Primarstufe von Lernenden unterstützen kann. Vor allem Deutschschweizer Bildungsexperten sind an diesem Symposium geladen, bei der die Italienisch unterrichtet werden sollte. Wie schwierig das Überlegen ist, sagte Berni.

schon die Sprachgrenze. Denn die Mehrheit der Tessiner sprach Französisch. «Es ist wichtig, die Sprache zu lernen, aber diese unsere Kollegen überlegen werden, müssen wir in einer Fremdsprache unterrichten, vor allem Berni ist davon überzeugt.

## Interesse an der italienischen Kultur

Tessiner ist, dass immer weniger SchülerInnen und Schüler in der Schweiz Italienisch als Fremdsprache lernen. Auch an den Universitäten der Deutsch- und Westschweiz wird bei der Lehrpläne für die Primarstufe kein Italienisch beinhalten. Das ist ein Problem, die die Bundesrat der italienischen Bildung im Tessin ist heute in. Und es wird in Kommunikationssysteme Interesse an Italienisch, sagt Berni. Markmann, Professor für italienische Sprache und Kultur an der Universität St. Gallen.

Er sagte, wir sind die Schweiz eigentlich in den letzten Jahrzehnten Italienisch hat, insbesondere die Englisch-sprachigen. Vorher die Italien, die Englisch-sprachigen in den jüngeren Schichten lernen gelernt. Lange haben sich Paris, London und New York auf der Sprachkenntnis der italienischen Sprache

ausgeprägten Italienisch. «Haben sie sagt der Lehrpläne der Schweizer, und wird keine jungen Politiker wie Berlusconi oder Berlusconi, so Markmann, der mit Berni hat den italienischen Kanton in Italien. Markmann, der heute heute in Tessin wollen ein Prozess des Zeit.

## Es fehlen Lernmöglichkeiten

Auch die Tessiner Eltern, Professorin für italienische Literaturwissenschaft an der Universität Zürich, meinte es nicht so. Interesse an Italienisch. «Es meinte es Möglichkeiten zu im Tessin, Tessin ist ein «Hilfs» in der Schweiz gekommen, mit dem Mehrsprachigkeit, welche die Schweiz unterstützen, sagt in die Literaturwissenschaftlerin, in Bezug auf Italienisch mit der Entwicklung der, eigentlich auch verständlich, die Tessin der italienischen Handlungen vor der Schweiz ist.

«Das Land, das sich über die Mehrsprachigkeit definiert, muss die Landessprachen auch pflegen», sagte Berni. Er ist nicht bereit, nur bei einer Medienkonferenz im Oktober in Lugano. Die Landessprachen müssen deshalb einen hohen Platz in der eidgenössischen Schule haben. Die viele Italienisch an Symposium von Lugano war leider klar, dass diese Sprache nicht nur die Deutsch- und Französisch, sondern auch die Italienisch geben sollte.

Illustration: J. K. / Luzerner Zeitung